

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

RuT – Rad und Tat Berlin gGmbH – Lesbenwohnprojekt

Jutta Brambach
Geschäftsführerin

Sigmaringerstr. 1
10713 Berlin

Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

Berlin, 2. Juli 2021

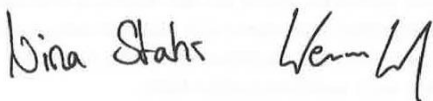
Wahlprüfsteine RuT –

Rad und Tat Berlin gGmbH – Lesbenwohnprojekt

Sehr geehrte Frau Brambach,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Wahlprüfsteine – Fragen an die Politik - RuT-Lesbenwohnprojekt

Zur Allgemeinen Information

Im Rahmen der Konferenz der EuroCentralAsian Lesbian Community (EL*C) in

Zusammenarbeit mit der European Parliament's Intergroup on LGBTI Rights 2020 wurde festgestellt, dass nur 6% der europäischen Mittel für LSBTI Projekte an lesbische Frauen gehen. Die Verteilungslage ist in Berlin laut einer kleinen Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2019 ähnlich.

1. Strukturelle Benachteiligung hat zur Folge, dass Lesbianprojekte mit unzureichenden Mitteln vor der großen Herausforderung stehen z.B. Leuchtturmprojekte für Gendergerechtigkeit und lesbische Sichtbarkeit wie das Lesbianwohnprojekt mit geringen (unzureichenden) personellen und finanziellen Mitteln zu realisieren.

Fragen: Was planen Sie und Ihre Partei um diesen Zustand zu verändern und benötigte personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen? Was plant Ihre Partei, um Abs. 2 des Artikel 3 GG umzusetzen?

Antwort: In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. So haben wir es in dieser Legislatur auch in der Weiterentwicklung der IGSV "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" festgeschrieben. Das gilt auch für die Zukunft. Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig Berücksichtigung finden - etwa bei der gesundheitlichen Versorgung, aber auch im Sinne von gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung. Denn eine selbstbestimmte und selbstartikulierte Sichtbarkeit ist essentiell, um an Ressourcen beteiligt und als Gruppe eigenständige Anerkennung zu erlangen.

In den Haushaltsverhandlungen haben wir uns dafür eingesetzt, dass lesbische* Projekte und Initiativen bei Projektförderungen stärker bedacht werden und haben den Etat für lesbische Projekte erheblich aufgestockt. Dafür möchten wir uns auch in der nächsten Legislatur einsetzen. Die Verwirklichung des ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen.

Der erste Berliner Monitor zu trans- und homophober Gewalt hatte das Schwerpunktthema „Gewalt gegen lesbische und bisexuelle Frauen“. Auf Basis dieser Erhebung werden auch weiterhin Maßnahmen entwickelt, um Lesbische* Sichtbarkeit zu stärken und Diskriminierung von Lesben* entgegenzuwirken. Zudem werden wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben. Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten. Lesbische Sichtbarkeit, lesbisches Leben und die Stärkung lesbischer Belange in Berlin ist uns ein besonderes Anliegen, so haben wir es auch in unserem Wahlprogramm mit einem eigenen Unterkapitel verankert.

2. Lesben haben seit 1989 Expertise in den Themenfeldern Alter und Pflege erworben und mit Fachveranstaltungen und Veröffentlichungen nach außen getragen. RuT hat sich auf diesen Gebieten seitdem einen Namen gemacht, u.a. mit Fachveranstaltungen und einer Befragung in Berliner Senioreneinrichtungen.

Finanzielle Mittel für Projekte, die diese Themenfelder bedienen, werden dennoch vielfach nicht in die Hand von Lesbenprojekten gegeben. Damit werden bestehende Strukturen, die Frauen/Lesben benachteiligen immer wieder verfestigt.

Frage: Wie haben Sie und Ihre Partei vor, struktureller Benachteiligung entgegenzuwirken und dafür Sorge zu tragen, dass finanzielle Mittel für Fachprojekte in diesen Themenbereichen Lesbenprojekten und -Organisationen zukommen?

Antwort: In der IGSV "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" haben wir im 5. Handlungsfeld: „Vielfalt in der Vielfalt – Pflege, Alter, Leben mit Behinderung und psychischen Beeinträchtigungen“ u. a. festgeschrieben, dass bei der Entwicklung von Maßnahmen „es insbesondere die Bedarfe von trans- und intergeschlechtlichen sowie lesbischen Menschen im Alter und in der Pflege zu berücksichtigen gilt“. Wir werden uns auch in der nächsten Legislatur für die (Weiter-) Entwicklung von Maßnahmen und Fortführung und Ausbau von begonnenen Projekten in diesem Themenfeld einsetzen. Es gilt, an der Umsetzung zu arbeiten. Dafür brauchen wir die Expertise und langjährige Erfahrung von kompetenten Trägern. Wir werden uns in Haushaltsverhandlungen weiterhin dafür einsetzen, dass lesbische* Projekte und Initiativen bei Projektförderungen stärker bedacht werden.

Auch die IGSV selbst soll kontinuierlich gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans- und inter-Communitys weiterentwickelt und gestärkt werden. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen.

3. Bisher gibt es kaum statistische Daten oder Forschung zu den Themen Lesben im Alter und Pflege. Im Kontext kultursensibler Pflege gibt es zwar Handlungsansätze und Untersuchungen, die Homosexualität berücksichtigen. Darin wird aber in erster Linie auf männliche Homosexualität eingegangen. Forschung und Fachstellen in der Regie von Frauen fehlen. (Gender Data Gap)

Fragen:

a) Was haben Sie und Ihre Partei vor, um diese Formen der Diskriminierung zu beenden und Förderstrukturen, die lesbische Frauen immer wieder benachteiligen, grundlegend zu verändern?

b) Was plant Ihre Partei, um geschlechtsspezifische Datenerhebung sowie Forschung zu den Themen Lesben im Alter und Pflege zu gewährleisten?

Antwort: In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft. Mit dem Handlungsfeld 2 "Erkenntnisgrundlagen verbessern" haben wir in der IGSV festgeschrieben, dass verbesserte Erkenntnisgrundlagen in Form von themenspezifischen Studien grundlegend sind, um Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen, bislang unberücksichtigte Aspekte zu beleuchten und Zusammenhänge zu verstehen. Die zuständigen Senatsverwaltungen sind angehalten, Studien in Auftrag zu geben und umzusetzen. Wir werden uns dafür einsetzen und auf Umsetzung drängen.

Abschließend erlauben wir uns noch zwei konkret auf unser Projekt zugeschnittene Fragen an Sie zu stellen.

Zur Allgemein Information

Der Anteil von Frauen an der Bevölkerung liegt statistisch gesehen höher als der von Männern. Dies lässt die Annahme zu, dass sich diese Erhebung auch auf die Anzahl von

lesbischen Frauen und schwulen Männern übertragen lässt. Der Bedarf an Projekten zum gemeinschaftlichen Wohnen für lesbische und alleinlebende Frauen ist außerordentlich groß (siehe Nachfrage nach dem RuTLesbenwohnprojekt). Lesbische Frauen gehören zu der Gruppe, die mit am stärksten von Altersarmut betroffen ist. Für sie stellt gemeinschaftliches Wohnen und Wirtschaften oft eine existenzielle Notwendigkeit dar.

Das Lesbenwohnprojekt des RuT hat 2007/2008 gemeinsam mit vielen interessierten Frauen das Konzept für ein inklusives intergeneratives Wohn- und Begegnungszentrum mit 70-90 bezahlbaren Mietwohnungen entwickelt. Dieses Projekt soll laut Konzept selbstbestimmt in der Hand von Frauen aufgebaut und geführt werden. Seitdem arbeitet RuT daran, von der Stadt (und der BIM) ein Grundstück oder Objekt übereignet oder kostenlos zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Alternativ entwickelt RuT in Kooperation mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) das Projekt, das aber lediglich für 25 Jahre zur Miete genutzt werden kann.

Fragen:

- a. Wie haben Sie und Ihre Partei vor, zukünftig zügig und mit voller Unterstützung lesbischen Frauen Grund und Boden für weitere queere Wohn- und Begegnungszentren zur Verfügung zu stellen?**
- b. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass weitere von lesbischen Frauen initiierte Projekte zum gemeinschaftlichen Wohnen und Leben zeitnah umgesetzt werden können?**
- c. Wie wollen Sie Ausschreibungen gestalten, damit lesbische Frauen nicht nur gesehen, sondern entsprechend gefördert werden?**
- d. Was werden Sie dafür tun, selbstbestimmte Teilhabe von lesbischen Frauen an Stadtentwicklung und Wohnungsbau zu gewährleisten?**

Antwort zu a-d: Wir wollen auch in Zukunft die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin erhöhen. Die Verwirklichung des ersten inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Wir gehören zu den Unterstützer*innen der ersten Stunde und werden in unseren Bemühungen zur Unterstützung selbstverständlich nicht nachlassen.